STADT BURGDORF
Eing. 29. SEP. 2014
Abteilung: Bgm. / 10 / 61

DIE LINKE.
im Rat der Stadt Burgdorf

Michael Fleischmann
Ratsherr
Zilleweg 78
31303 Burgdorf
Tel. 05136 / 8 48 62
Mobil: 0171 / 19 16 790
www.die-linke-burgdorf.de

An
den Bürgermeister
den Ratsvorsitzenden
die Fraktionen

29. September 2014

Antrag gemäß Geschäftsordnung

In die Ratssitzung am 16. Oktober 2014

NEIN zur geplanten Stromautobahn „SuedLink" – JA zur Energiewende

Antrag zu beschließen:

Analog zur Erklärung von neun Bürgermeistern aus dem östlichen und südlichen Raum Kassel wird Burgdorfs Bürgermeister Alfred Baxmann vom Rat beauftragt, mit anderen Bürgermeistern aus der Region Hannover und dem Regionspräsidenten eine Erklärung gegen die geplante Starkstromtrasse „SuedLink" auf den Weg zu bringen. Die Erklärung stellt die Sinnhaftigkeit der Stromautobahn „SuedLink" infrage und fordert Bundes- und Landesregierung auf, alternative Lösungen für die Energiewende ernsthaft zu prüfen und die dafür notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

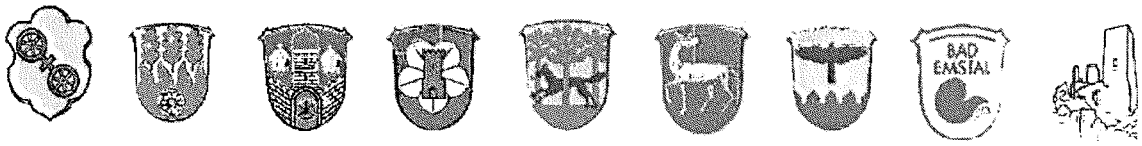
Begründung:

Gegen die geplante Stromautobahn „SuedLink", die von Schleswig-Holstein durch Niedersachsen bis nach Bayern und Baden-Württemberg verlaufen soll, regt sich immer mehr Widerstand. Das ist auch kein Wunder, weil es nicht einzusehen ist, dass private Unternehmen solch ein Projekt planen und später die Gewinne einstreichen, während die Allgemeinheit die negativen Konsequenzen einer monströsen Stromtrasse ausbaden soll. Die Stromautobahn soll auch durch Burgdorfer Gebiet gebaut werden.

Beispielgebend für den Widerstand gegen die geplante Stromautobahn „SuedLink" ist - neben vielen Bürgerinitiativen - eine gemeinsame Erklärung von neun Bürgermeistern aus dem südlichen und östlichen Raum Kassel. Darin drücken die Hauptverwaltungsbeamten „erhebliche Zweifel an der Sinnhaftigkeit dieses Konzepts" aus. Die Unterzeichner befürchten negative Auswirkungen auf ihre Erholungs- und Tourismusregion sowie gesundheitliche Risiken für Anwohner und Passanten. Vor allem, so heißt es, sei überhaupt nicht erwiesen, dass eine solch große Trasse im Rahmen der Energiewende zur sicheren Stromversorgung

überhaupt notwendig sei. Schließlich könnten viele dezentrale Quellen der Energieerzeugung das geplante Megaprojekt überflüssig machen, argumentieren die Bürgermeister. Sie fordern die schwarz-grüne hessische Landesregierung und die Große Koalition in Berlin auf, alternative Lösungen zu suchen und für entsprechende Rahmenbedingungen zu sorgen.

Der Wortlaut der Bürgermeister-Erklärung aus dem Raum Kassel ist diesem Antrag auf den folgenden Seiten beigefügt.



Hessischer Landtag
Der Vorsitzende des
Ausschusses für Wirtschaft, Energie,
Verkehr und Landesentwicklung
Postfach 3240
65022 Wiesbaden

Wolfhagen, 26. Mai 2014

Öffentliche mündliche Anhörung zum Ausbau der Übertragungsnetze

Sehr geehrte Damen und Herren !

Nachfolgend die gemeinsame Stellungnahme der unterzeichneten Städte und Gemeinden:

Die Energiewende wird in Nordhessen als wichtige, von weiten Kreisen der Bevölkerung getragene Gemeinschaftsaufgabe gesehen. Die in den letzten Jahren zahlreich sowohl von Privatpersonen errichteten Kleinanlagen als auch die unter breitem Bürgerengagement in Form von Genossenschaften und Bürgerenergiegesellschaften entwickelten Projekte zur Nutzung von Sonnen-, Wind- und Bioenergie belegen dies eindrücklich. Hinzu kommt die umfassende Regionalisierung der Energieversorgung, beispielsweise durch Gründung der Energieregion Kassel GmbH (ERK), der Rekommunalisierung der E.ON-Mitte (jetzt EAM) und der Stärkung der regionalen Stadtwerke (u.a. durch Gründung der Stadtwerke Union Nordhessen). Diese Entwicklung hat zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen in der Region sowie zur Erhöhung der lokalen Wertschöpfung und damit Stärkung des ländlichen Raums einen entscheidenden Beitrag geleistet und somit die Zustimmung zur Energiewende in weiten Teilen der Bevölkerung verankert. Die mit den Anlagen verbundenen Beeinträchtigungen werden von einer breiten Mehrheit akzeptiert.

Es ist unstrittig, dass die Energiewende nicht allein durch den Aufbau dezentraler-, regenerativer- Energieerzeugungsanlagen zu leisten ist, denn auch Anpassung der bestehenden Stromnetze an die neuen Strukturen ist unausweichlich.

Die von der Bundesregierung im Bundesbedarfsplangesetz festgelegte Netzausbauplanung und die darauf basierende, vom Netzbetreiber TenneT vorgestellte Vorplanung zum Verlauf der Hochspannungsgleichstromübertragungstrasse *SuedLink* stoßen allerdings in den betroffenen Kommunen auf großes Unverständnis. Insbesondere die fehlende Erklärung der Verantwortlichen, warum auf den aus hiesiger Sicht alternativ möglichen Trassenverlauf entlang der A7 östlich an Kassel vorbei verzichtet wurde, verwundert sehr. Es ist bekannt, dass bei diesen Trassenplanungen die Ausbauziele der Länder und Kommunen und die dort

vorhandenen Konzepte zur Versorgung regionaler Großverbraucher durch nahegelegene dezentrale Energieerzeugungsanlagen nur unzureichend berücksichtigt wurden. Auch die Dimensionierung der Trasse auf Grundlage maximaler Erzeugungskapazitäten aller Kraftwerke, die nur an wenigen Stunden im Jahr auftreten können, weckt erheblich Zweifel an der Sinnhaftigkeit dieses Konzepts. Die vorliegende Trassenplanung selbst zeigt erheblich Unstimmigkeiten, die sich beispielsweise darin wiederspiegeln, dass eine der geplanten Trassen als Modellprojekt für die Erdverkabelung vorgesehen ist, die zweite, die auf dem überwiegenden Teil der Strecke parallel verläuft, jedoch nicht

Der lange Realisierungszeitraum, der in der Praxis aufgrund der Erfahrungen mit zahlreichen anderen infrastrukturellen Großprojekten der letzten Jahre sehr ambitioniert erscheint widerspricht der Zielsetzung einer schnellen Umsetzung der Energiewende. Aus Sicht der Unterzeichner können alternative Lösungen schneller und kostengünstiger zum Ziel führen. Eine breite Akzeptanz für die mit *SuedLink* verbundenen Beeinträchtigungen ist aus vorgenannten Gründen bei der örtlichen Bevölkerung nicht zu erwarten.

Zudem gefährdet nach unserer Auffassung die Leitungstrasse die Entwicklung des ländlichen Raumes, die Bemühungen im Kampf gegen die Auswirkungen des demografischen Wandels werden konterkariert. Die Beeinträchtigung des gerade im Naturpark Habichtswald intakten Lebensraumes als Erholungs- und Tourismusregion wird erheblich sein.

Auf Grund dieser vielfältigen Gründe fordern die betroffenen Städte und Gemeinden sowohl die Landesregierung als auch die Bundesregierung auf, alternative Lösungen ernsthaft zu prüfen und die dafür notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Sollte dies nicht erfolgen, sind zumindest die bestehenden Unsicherheiten auszuräumen und es ist unzweifelhaft nachzuweisen, dass die geplante Trasse in der vorgestellten Dimension für eine zügige Umsetzung der Energiewende und das Erreichen der gesetzten CO_2-Minderungsziele unverzichtbar ist.

Die Unterzeichner sind sich natürlich dessen bewusst, dass die Planungen auf geltendem Bundesrecht basieren und fordern daher, wenn ungeachtet der zuvor geäußerten grundsätzlichen Bedenken an der Umsetzung festgehalten wird den größtmöglichen Schutz von Bevölkerung und Umwelt. Dazu gehört in erster Linie der unzweifelhaft geführte Nachweis, dass durch die geplante Trasse, ob als Freileitung oder als Erdkabel, keinerlei gesundheitliche Risiken für Anwohner und Passanten entstehen. Zwingend zu fordern ist die Einhaltung von Mindestabständen zur Bebauung (200m / 400m), wie bereits in anderen Bundesländern verbindlich festgeschrieben.

Der Bereich des Naturparks Habichtswald ist grundsätzlich als besonders schützenswerter Bereich von allen Freileitungstrassen freizuhalten. Erdverkabelung ist alternativ dann durchzuführen, wenn zweifelsfrei sichergestellt ist, dass diese neben der gesundheitlichen Unbedenklichkeit auch keinerlei Auswirkung auf die landwirtschaftliche Nutzung der betroffenen Flächen sowie das Grundwasser hat.

Gemeinde
Bad Emstal

Ralf Pfeiffer
Bürgermeister
der Gemeinde Bad Emstal

Gemeinde
Breuna

Klaus-Dieter Henkelmann
Bürgermeister
der Gemeinde Breuna

Stadt
Fritzlar

~~*Hartmut Spogat*~~ *Claus Reich*
~~Bürgermeister~~ *1. Stadtrat*
der Stadt Fritzlar

Gemeinde
Habichtswald

Thomas Raue
Bürgermeister
der Gemeinde Habichtswald

Stadt
Naumburg

Stefan Hable
Bürgermeister
der Stadt Naumburg

Gemeinde
Schauenburg

Ursula Gimmler
Bürgermeisterin
der Gemeinde Schauenburg

Stadt
Volkmarsen

Hartmut Linnekugel
Bürgermeister
der Stadt Volkmarsen

Stadt
Wolfhagen

Reinhard Schaake
Bürgermeister
der Stadt Wolfhagen

Stadt
Zierenberg

Stefan Denn
Bürgermeister
der Stadt Zierenberg